



# Budapestre vonatkozó újságcikkek

Szerző: Baracs, Marzell  
Cím: Schicksalsfragen der Haupt-  
stadt

Forrás: Neues Pester Journal

Bp

1922. 12. 24.

(Hely)

(Idő)

(Köt. v. füz.)

(Oldal)

352

1922

Oszályozás

Tárgy

352

Hely

Idő

"1922"

Személy

## Lokal-Anzeiger.

### Schicksalsfragen der Hauptstadt.

— Vom Stadtrepräsentanten Dr. Marzell Baracs. —

Der christliche Kurs im Stadthause will noch immer den Anschein wahren, als ob er sich nicht dessen bewußt wäre, daß die in ihm vereinigten Parteien nur einen geringen Bruchteil der hauptstädtischen Wähler repräsentieren, obwohl die Nationalversammlungswahlen im Sommer dies zur Genüge klarlegten. Er arbeitet jetzt noch mit den alten Mitteln und verfolgt seine Ziele mit der alten Dreistigkeit. Sein neuester Plan geht dahin, mit einer im November 1923 ins Leben tretenden Statutenverordnung die ehrbare Gilde der Hausbesorger als Polizeihilfsorgane zu bestellen zur wirksameren Ueberwachung der Hausbewohner. Der Gedanke hat nicht den Reiz der Neuheit. Ein jedes absolutistisches Regime bediente sich des Cerberus als Konfidenten und daß diese Rolle dem Cerberus auf den Leib geschrieben ist, davon haben wir uns in den Schreckensmonaten des Jahres 1919 genügend überzeugen können.

Die Sache ist nicht schlecht ausgeklügelt. Sie muß der Regierung sympathisch sein, sie dient ja zur Krönung des beabsichtigten neuen Ordnungsgesetzes. Die christliche kommunale Partei wieder erhofft von der neuen Institution eine feste Stütze in ihrem Ringen um die politische Existenz, welches sie nach Ablauf des Gemeinderatsmandats auszufechten haben wird. Der neue Haus Herr, schlechter gesagt: Hausbesorger, besser gesagt: Haus Herr und Meister soll nur mit Zustimmung der Polizei bestellt werden können, er wird somit politisch verlässlich

sein. Die neue Gilde wird sich aber dem christlichen Kurse anpassen müssen und wenigstens zum großen Teile als mächtige Stütze seiner Parteiorganisation sich betätigen. Ganz sicher wird dies geschehen, denn dieses werftätige Mitwirken am Parteileben des Kurzes wird die beste Probe der Verlässlichkeit, möglicherweise also die Bedingung des Bestellwerdens oder Verbleibens in Amt, Würde, Wohnung und Emolumenten sein. Ein näheres Eingehen in die Betrachtung, welche Machtfülle so ein Haus-Herr und Meister, dessen Geheimberichte als Grundlage zur Verhängung der Polizeiaufsicht, etwa auch strengere Maßregeln dienen werden, innehaben wird und welchen Gebrauch dieser Herr und Meister von seiner Macht betätigen wird, ist nach den allbekanntesten Erfahrungen aus dem Jahre 1919 nicht notwendig.

Die christliche kommunale Partei rüstet sich also mit allen Mitteln für den letzten Kampf. Die Wahlschlacht im verflossenen Sommer hat ihr eine arge Schlappe gebracht; die in ihr vereinigten politischen Parteien sind gegenüber den liberaldemokratischen und sozialistischen Parteien in beschämender Minderheit geblieben, obwohl die ganze Macht der Wählerkonstriktion und des Wahlaktes ausschließlich in ihren Händen vereinigt war. Die Bürgerschaft hat den Willen gezeigt, das Joch einer Partei, welche der Genie des Hasses und die Unfähigkeit des Geistes in nicht zu übertreffender Harmonie vereinigt, abzuschütteln, auf daß endlich wieder Friede und Arbeit Herr werden.

Es ist hohe Zeit, daß die liberaldemokratische Bürgerschaft die Jahresspanne, welche uns von den Stadtverordnetenwahlen trennt, nicht müßig vorübergehen lasse. Ein jeder sei seiner Pflicht sich in der Hauptstadt gegenüber bewußt. In

der Organisation liegt die Macht und der Kleinbürger muß die Ueberzeugung gewinnen, daß seine moralischen, kulturellen und materiellen Interessen ihren Schutz in der mächtigen Vereinigung aller bürgerlichen Elemente besser finden, als in der Flucht in die sozialistische Parteiorganisation, welche eine momentane Unterstützung durch Proletarisierung des Kleinbürgertums bezahlen läßt. Die Sozialdemokratie rivelliert eben nach unten, die nationale Demokratie nach oben. Es wird bei der Wahl um hohen Einsatz gehen; unsere hehrsten und teuersten Güter stehen auf dem Spiele.

Bis dahin werden schwere Probleme im Stadthause ihre Lösung finden müssen. Die um jährlich viele Milliarden zunehmenden Lasten des städtischen Haushaltes können nicht mehr mit den ebenso unzulänglichen als antisozialen Methoden den Schultern der hauptstädtischen Steuerzahler aufgebürdet werden. Mit der Neu- und Umorganisation des Budgets muß Hand in Hand gehen die Neuorganisation der Betriebe und der städtischen Zentralverwaltung.

Ein Munizipalausschuß, welcher offenkundig nicht mehr dem Willen der Gesamtwählerschaft entspricht, und in welchem eine bei den letzten politischen Wahlen zu Falle gebrachte Partei ihren absolutistischen Willen mit absolutistischen Mitteln zur Geltung bringt, mag wohl einstweilen noch die formale Befugnis zur Weiterführung des Geschäftes haben, — das politische Recht zur schweren Belastung und Bindung von Generationen hat er nach den primitivsten Regeln des politischen Anstandes und der öffentlichen Moral verloren.

Als in der letzten Generalversammlung die Frage des Zusammenwirkens von Mehrheit und Opposition zur Sprache kam, erklärte v. Wolf,

die Vorbedingung hiezu wäre, wenn die liberal-demokratische Minderheit sich der Moral und dem Nationalgeföhle des christlichen Kurzes unterwerfen würde. Also biegen oder brechen, stellt er uns die Alternative.

Wir stellen ihm und seiner Partei keine Alternativen. Wir werden sie erst biegen, dann brechen. Ihr hohl tönender Topf wird an dem eisernen Willen der liberal-demokratischen Bürgerschaft zer-schellen. Der Brei, den sie gekocht, wird dahin kommen, wohin er gehört.